

Sachsen

# Unternehmer gründen Verein für Weltoffenheit

Sächsische Unternehmer sorgen sich zunehmend um das Image des Freistaates als Industriestandort. Deshalb hat sich am Montag der Verein "Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen" vorgestellt. Die Unternehmerinitiative will nach eigenen Angaben für Weltoffenheit werben und einen weiteren Ansehensverlust von Sachsen verhindern. Denn ausländer- und fremdenfeindliche Aufmärsche und Übergriffe gefährdeten die wirtschaftlichen und unternehmerischen Potenziale des Standorts Sachsen.

"Wir sind derzeit noch in der Gründungsphase und wollen so viele Unternehmen wie möglich als Mitglieder gewinnen", sagte der Sprecher des Vereins, Andreas von Bismarck, MDR SACHSEN. Perspektivisch seien Kampagnen und Info-Veranstaltungen zu Themen wie Zuwanderung und Weltoffenheit geplant. Ziel des Vereins sei es "ein starkes und wachsendes Netzwerk mit dem klaren Bekenntnis für Weltoffenheit und Internationalität im Freistaat Sachsen" zu schaffen.

## "Vertrauens- und Umsatzrückgänge"

Nach Angaben des Vereins sind schon jetzt die Auswirkungen fremdenfeindlicher Übergriffe in der sächsischen Wirtschaft spürbar. Neben der erschwerten Gewinnung internationaler Fachkräfte werde dies durch "Vertrauens- und Umsatzrückgänge" beim nationalen und internationalen Kundenstamm deutlich. Dadurch seien einheimische Arbeitsplätze, das Wachstum der sächsischen Wirtschaft und der gemeinsame Wohlstand sowie das Ansehen des Freistaats Sachsen "essentiell gefährdet." Doch den Unternehmen gehe es nicht nur um die Umsätze, betonte von Bismarck: "Sachsen gehört auch aus historischer Sicht nicht in eine solche Ecke. Ein solches Image ist nicht nur für die Wirtschaft eine Gefahr."

## Fremdenfeindlichkeit ist "Zukunftsbarriere"

Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehören unter anderem der Textilmaschinenhersteller Terrot aus Chemnitz, die Wirtschaftskanzlei Heuning Kühn Lürer Wojtek, der Verein "Silicon Saxony" sowie der Verpackungsmaschinenhersteller Theegarten-Pactec aus Dresden. Unterstützung bekommt die Initiative auch von der Landespolitik. Sachsens Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) sagte: "Fremdenfeindlichkeit ist eine der größten Zukunftsbarrieren für unseren Freistaat." Dass auch die Wirtschaft Haltung zeige, helfe im Kampf gegen den Rassismus.

Zuletzt aktualisiert: 27. Juni 2016, 18:04 Uhr